

Name und Anschrift des Einbringers:

An die

Baubehörde erster Instanz der  
Gemeinde Heimschuh  
8451 Heimschuhstraße 32

## Mitteilung eines Meldepflichtigen Bauvorhabens (Errichtung PV-Anlage und Aufstellen einer Batterie)

Gemäß § 21 Abs. 3 des Steiermärkischen Baugesetzes (BauG), LGBl. Nr. 59/1995 idgF. wird von dem/den unterfertigten Einbringer das/die nachfolgende(n) **meldepflichtige(n) Vorhaben gemäß § 21 Abs. 1 Z. 2 lit. o (BauG)**: „Photovoltaikanlagen und solarthermische Anlagen, die auf Dach- oder Fassadenflächen oder vorspringenden Bauteilen von baulichen Anlagen angebracht oder in diese integriert werden, sowie Photovoltaikanlagen auf Freiflächen mit einer installierten elektrischen Engpassleistung bis zu 100 kWp und solarthermische Anlagen auf Freiflächen bis zu einer Brutto-Fläche von insgesamt nicht mehr als 600 m<sup>2</sup>; dabei dürfen Anlagen und ihre Teile eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten;“

**Errichtung einer Photovoltaikanlage im Ausmaß von ca. \_\_\_\_\_ m<sup>2</sup> / \_\_\_\_\_ kWp**

sowie das **meldepflichtige(n) Vorhaben gemäß §21 Abs. 2 Z.2a (BauG)**:

die stationäre Aufstellung von Batterieanlagen

a) mit einem Energieinhalt von höchstens 20 kWh;

b) mit einem Energieinhalt von höchstens 100 kWh, sofern ein Nachweis vorliegt, dass ein „thermal runaway“ einer Zelle zu keinem Brandausbruch der Batterieanlage führt;

**Aufstellen einer Batterieanlage mit einem Energieinhalt von \_\_\_\_\_ kWh**

auf dem Bauplatz/der Grundstücksfläche, bestehend aus dem Grundstück

Grst. Nr.:

EZ:

KG:

mitgeteilt.

Die geplante PV- Anlage wird auf folgenden rechtmäßig bestehenden Gebäuden (Aufdachmontage) errichtet:

**WOHNHAUS, GESCHOSS, ADRESSE, ....**

Gebäudeklasse:  1  2  3  4  5

Die Tragfähigkeit der Dachkonstruktion bzw. des Gebäudes wurde von einer fachkundigen Person von einem Sachverständigen geprüft. Die dauerhafte Standsicherheit nach erfolgter Montage der Anlage ist gegeben.

Am Gebäude befindet sich eine Blitzschutzanlage. Die Anlagenteile werden in den Blitzschutz eingebunden.

Die photovoltaische Energieerzeugungsanlage wird entsprechend der OVE-Richtlinie R 11-1:2022-05-01 iVm. der OIB RL 2 Stand Mai 20323 errichtet und betrieben.

Die Module der photovoltaischen Energieerzeugungsanlage werden am Gebäudedach mit einem Abstand von mindestens jeweils 1m zu den Dachkanten (First, Traufe, Ortgang, Attika) zu positioniert.

Die Batterieanlage wird im folgenden Teil der Liegenschaft / des Gebäudes aufgestellt:

Verwendungszweck des Raumes: \_\_\_\_\_

Gebäudeklasse:  1  2  3  4  5

Ausführung als Batterieraum:  JA  NEIN

**Ein Prüfprotokoll über die fachgerechte Ausführung der Anlage eines im Sinne des Elektrotechnikgesetzes Befugten wird erfolgen - und wird der Behörde auf Verlangen vorgelegt.**

Der Mitteilung sind folgende Beilagen angeschlossen:

**1. Inhalte gemäß § 21 (3) Z 1 BauG:**

- die Lage am Grundstück; Lageplan (GIS-Ausdruck) mit erforderlichen Angaben zur Lagepositionierung (z.B.:Dachbelegungsplan, Anlagen- Aufstellungsplan)
- eine kurze Beschreibung des Vorhabens (Angaben zur Leistung, Position Wechselrichter, Generatoranschlusskasten (siehe Blatt 2)

**2. Zusätzliche Beilagen gemäß § 21 (3) Z 3 BauG für Vorhaben gemäß § 21 (2) Z 2a:**

- bei stationären Batterieanlagen den Nachweis des Energieinhalts (In Form eines Datenblattes)
- bei Anlagen gemäß Z 2a lit. b zusätzlich den Nachweis, dass ein „thermal runaway“ einer Zelle zu keinem Brandausbruch der Batterieanlage führt;

**PROJEKTbeschreibung**

**Skizze Aufstellungsort Batterieanlage (Grundriss, Ansicht)**

**Technische Daten / Beschreibung**

DACHFORM: DACHNEIGUNG:

FIRSTHÖHE: DACHDECKUNG:

FARBE DACHHAUT: GEBÄUDEKLASSE:

KOLLEKTORFLÄCHE [m²] / LEISTUNG [kWp]:

NEIGUNG MODULE (FLACHDACH):

POSITION WECHSELRICHTER:

POSITION GENERATORANSCHLUSSKASTEN:

BATTERIEANLAGE - TYPE: ENERGIEINHALT:

RAUCHWARNMELDER im RAUM: JA BATTERIERAUM gemäß OIB RL2:

LÜFTUNG

ANLAGENERRICHTER:

SONSTIGES:

Der Einbringer nimmt zur Kenntnis, dass durch meldepflichtige Vorhaben Bau- und Raumordnungsvorschriften, (u.a. OIB-Richtlinie, technische Regelwerke, Normen, Beeinträchtigungen und dergleichen) nicht verletzt werden dürfen. Die Ausführung erfolgt gemäß den OIB-Richtlinien Stand Mai 2023

- Es wird um Übermittlung einer behördlichen Kenntnisnahme ersucht (gebührenpflichtig).

....., am .....

.....

Unterschrift Einbringer

## Meldepflichtige Vorhaben:

### (1) Zu den meldepflichtigen Vorhaben gehört die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von:

1. Nebengebäuden (mit Ausnahme von Garagen), Fütterungseinrichtungen bis zu einer Gesamtläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>, landesüblichen Zäunen, Folientunnel, Hagelnetzanlagen, Flachsilos, Beregnungsanlagen und dergleichen, jeweils nur im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft, sofern keine Nachbarrechte im Sinn des § 26 Abs. 1 Z 1 und 2 berührt werden;
2. kleineren baulichen Anlagen, wie insbesondere
  - a) für die Verwertung (Kompostierung) von biogenem Abfall im Sinne des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes; wie insbesondere Kleinkompostieranlagen für Gebäude mit nicht mehr als sechs Wohnungen;
  - b) Abstellflächen für Krafträder oder Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von je 3500 kg bis zu einer Gesamtläche von 40 m<sup>2</sup> und den dazu erforderlichen Zu- und Abfahrten, Fahrradabstellanlagen sowie Schutzdächer (Flugdächer) mit einer überdeckten Fläche von insgesamt höchstens 40 m<sup>2</sup>, auch wenn diese als Zubau zu einem Gebäude ausgeführt werden, samt allfälligen seitlichen Umschließungen, die keine Gebäudeeigenschaft (§ 4 Z 29) bewirken;
  - c) Skulpturen und Zierbrunnenanlagen bis zu einer Höhe von 3,0 m inklusive Sockel, kleineren sakralen Bauten sowie Gipfelkreuzen;
  - d) Wasserbecken bis zu insgesamt 100 m<sup>3</sup> Rauminhalt, Saisonspeichern für solare Raumheizung und Brunnenanlagen sowie Anlagen zur Sammlung von Meteorwasser (Zisternen);
  - e) luftgetragenen Überdachungen bis zu insgesamt 100 m<sup>2</sup> Grundfläche;
  - f) Pergolen bis zu einer bebauten Fläche von 40 m<sup>2</sup>, Klapotetzen, Maibäumen, Fahnen- und Teppichstangen, Jagdsitzen sowie Kinderspielgeräten;
  - g) Nebengebäude im Bauland bis zu einer Gesamtläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>;
  - h) Gewächshäusern bis zu 3,0 m Firsthöhe und bis zu einer Gesamtläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>;
  - i) Parabolanlagen sowie Hausantennenempfangsanlagen im Privatbereich; Mikrozellen zur Versorgung von Geländeflächen mit einem Durchmesser von 100 m bis 1 km und Picozellen für Mobilfunkanlagen zur Versorgung von Geländeflächen mit einem Durchmesser bis 100 m, samt Trag- und Befestigungseinrichtungen;
  - j) Telefonzellen und Wartehäuschen für öffentliche Verkehrsmittel;
  - k) Stützmauern mit einer Ansichtshöhe von nicht mehr als 0,5 m über dem angrenzenden natürlichen Gelände einschließlich der damit im unmittelbar angrenzenden Bereich erforderlichen geringfügigen Geländeanpassung;
  - l) Loggiaverglasungen einschließlich der erforderlichen Rahmenkonstruktion;
  - m) Garten- und Gerätehütten samt Erdlager bei zusammengefassten Kleingartenanlagen gemäß § 33 Abs. 5 Z. 5 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010, für die ein Gesamtkonzept erstellt wurde, in Übereinstimmung mit den darin festgelegten Vorgaben jeweils bis zu einer Gesamtläche von maximal 40 m<sup>2</sup> je Nutzungseinheit;
  - n) Einfriedungen bis zu einer Höhe von 1,5 m jeweils über dem angrenzenden natürlichen Gelände;
- o) Photovoltaikanlagen und solarthermische Anlagen, die auf Dach- oder Fassadenflächen oder vorspringenden Bauteilen von baulichen Anlagen angebracht oder in diese integriert werden, sowie Photovoltaikanlagen auf Freiflächen mit einer installierten elektrischen Engpassleistung bis zu 100 kWp und solarthermische Anlagen auf Freiflächen bis zu einer Brutto-Fläche von insgesamt nicht mehr als 600 m<sup>2</sup>, dabei dürfen Anlagen und ihre Teile eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten;**
- p) Umspann- und Kabelstationen, soweit es sich um Gebäude mit einer bebauten Fläche von nicht mehr als 40 m<sup>2</sup> handelt;
3. kleineren baulichen Anlagen und kleineren Zubauten, jeweils im Bauland, soweit sie mit den in Z. 2 angeführten Anlagen und Einrichtungen hinsichtlich Größe, Verwendungszweck und Auswirkungen auf die Nachbarn vergleichbar sind;
4. Baustelleneinrichtungen, einschließlich der zum vorübergehenden Aufenthalt dienenden Unterstände sowie die Aufstellung von Werbetafeln der bauausführenden Firmen sowie von Förderstellen, für die Dauer der jeweiligen Baudurchführung, längstens jedoch bis zwei Wochen nach der Baufertigstellung;
- 4a. die Verwendung von Gerüsten und Netzen zu Werbezwecken für die Dauer der Fassadensanierung bis spätestens zwei Wochen nach der Fertigstellung der Fassadensanierung;
5. Feuerungsanlagen für feste und flüssige Brennstoffe bis zu einer Nennwärmeleistung von 8,0 kW, sofern Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne des Steiermärkischen Heizungs- und Klimaanlagengesetzes 2021 vorliegen;
- 5a. Gasanlagen, die keiner Bewilligungspflicht nach dem Steiermärkischen Gasgesetz unterliegen, Feuerungsanlagen jedoch nur dann, wenn Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne des Steiermärkischen Feuerungsanlagengesetzes 2016 und der Gasgeräte-Sicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 430/1994, vorliegen, sonstige Gasgeräte, die keine Feuerungsanlagen sind, jedoch nur dann, wenn Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne der Gasgeräte-Sicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 430/1994, vorliegen;
6. Werbe- und Ankündigungseinrichtungen von Wählergruppen, die sich an der Wahlwerbung für die Wahl zu einem allgemeinen Vertretungskörper oder zu den satzunggebenden Organen einer gesetzlichen beruflichen Vertretung, für die Wahl des Bundespräsidenten oder für Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen auf Grund landes- oder bundesgesetzlicher Vorschriften beteiligen, innerhalb von sechs Wochen vor dem Wahltag oder dem Tag der Volksabstimmung, der Volksbefragung oder des Volksbegehrens bis spätestens zwei Wochen danach;
7. Werbe- und Ankündigungseinrichtungen, die an bestehenden baulichen Anlagen angebracht werden und eine Gesamtläche von insgesamt höchstens 2,0 m<sup>2</sup> aufweisen, sofern keine Verordnung nach § 11a Abs. 2 besteht;
8. bauliche Anlagen für Paketservicesysteme mit Rauminhalten über 1,0 m<sup>3</sup>.

### (2) Meldepflichtig sind überdies:

1. die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Garagen für Krafträder oder Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von je 3500 kg bis zu einer bebauten Fläche von insgesamt 40 m<sup>2</sup>, auch wenn sie als Zubau zu einem Gebäude ausgeführt werden, und der dazu erforderlichen Zu- und Abfahrten;
2. die ortsfeste Aufstellung von Motoren, Maschinen, Apparaten oder Ähnlichem im Inneren eines geschlossenen Gebäudes mit einem Schalleistungspegel von maximal 80 dB;
  - 2a. die stationäre Aufstellung von Batterieanlagen**
    - a) mit einem Energieinhalt von höchstens 20 kWh;

- b) mit einem Energieinhalt von höchstens 100 kWh, sofern ein Nachweis vorliegt, dass ein „thermal runaway“ einer Zelle zu keinem Brandausbruch der Batterieanlage führt

2b. die ortsfeste Aufstellung von Wärmepumpen

3. die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Hauskanalanlagen und Sammelgruben;

4. der Einbau von Treppenliften;

5. der Umbau einer baulichen Anlage oder Wohnung, der keine Änderung der äußeren Gestaltung bewirkt, sowie Änderungen der räumlichen Nutzungsaufteilung einer bestehenden Wohnung;

6. die Lagerung von Treibstoffen bis 500 l in zulässigen Lagersystemen durch anerkannte Einsatzorganisationen;

7. die Lagerung von Heizöl bis 300 l;

8. der Abbruch aller nicht unter § 20 Z 6 fallenden baulichen Anlagen;

9. die wärmetechnischen Optimierungen der Gebäudehülle bei bestehenden Gebäuden, sofern es sich nicht um größere Renovierungen handelt, sowie die geringfügigen Änderungen in Größe, Form und Situierung beim Austausch von Fenstern oder die Fassadenfärbelungen

10. der Austausch einer bestehenden Feuerungsanlage durch eine Feuerungsanlage für feste oder flüssige Brennstoffe mit einer Nennheizleistung von nicht mehr als 400 kW, wenn damit keine baulichen Änderungen oder Nutzungsänderungen verbunden sind, sofern der Nachweis über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinn des Steiermärkischen Heizungs- und Klimaanlagegesetzes 2021 vorliegt

11. Umbauten sowie Änderungen des Verwendungszweckes bei landwirtschaftlichen Tierhaltungsbetrieben zur Umsetzung von rechtlichen oder förderrechtlichen Vorgaben zum Tierwohl, sofern damit weder eine Erhöhung der Tierzahl noch eine Verschlechterung der Immissionssituation für die Nachbarn verbunden ist.

(3) Meldepflichtige Vorhaben sind vor ihrer Ausführung der Gemeinde schriftlich mitzuteilen.

1. Die Mitteilung hat zu enthalten:

– die Grundstücksnummer,

– die Lage am Grundstück,

– eine kurze Beschreibung des Vorhabens;

2. bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß Abs. 2 Z 1 und 3 zusätzlich

– eine planliche Darstellung (Lageplan im Maßstab 1:1000),

– erforderliche Grundrisse und Schnitte im Maßstab 1:100,

– eine Bestätigung eines befugten Planverfassers über die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen;

3. bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß Abs. 2 Z 2 zusätzlich zu Z 1

- den Nachweis über die Einhaltung des Schalleistungspegels durch das technische Datenblatt;

4. bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß Abs. 2 Z 2a zusätzlich zu Z 1

- den Nachweis über die Einhaltung des Schalleistungspegels durch das technische Datenblatt;

- bei Anlagen gemäß Z 2a lit. b zusätzlich den Nachweis, dass ein „**thermal runaway**“ einer Zelle zu keinem Brandausbruch der Batterieanlage führt;

5. bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß Abs. 2 Z 2b zusätzlich zu Z 1

- das technische Datenblatt;

- eine Bestätigung einer oder eines nach den berufsrechtlichen Vorschriften befugten Sachverständigen des einschlägigen Fachbereichs über die Einhaltung des für die jeweilige Widmung nach dem Flächenwidmungsplan festgelegten zulässigen Planungsbasispegels an der relevanten Grundgrenze; als relevante Grundgrenze gilt die Grenze des am nächsten gelegenen Nachbargrundstückes im Bauland, im Freiland mit der Sondernutzung Auffüllungsgebiet oder im sonstigen Freiland, sofern für das Grundstück im sonstigen Freiland bereits eine Baubewilligung für Gebäude mit Aufenthaltsräumen erteilt wurde oder ein vergleichbarer rechtmäßiger Bestand gemäß § 40 vorliegt.

6. bei meldepflichtigen Vorhaben gemäß Abs. 2 Z 10 zusätzlich zu Z 1 den Nachweis der Prüfung der technischen, ökologischen und wirtschaftlichen Realisierbarkeit des Einsatzes von hocheffizienten alternativen Systemen im Sinne des § 80b Abs. 1, sofern die neue Feuerungsanlage mit fossilen Brennstoffen betrieben werden kann.

Nach Fertigstellung des Vorhabens nach Abs. 2 Z 3 ist der Gemeinde eine Dichtheitsbescheinigung über die Erprobung und Funktionsfähigkeit der Hauskanalanlagen und Sammelgruben eines Sachverständigen oder befugten Unternehmers vorzulegen.

(4) Durch meldepflichtige Vorhaben dürfen Bau- und Raumordnungsvorschriften, wie insbesondere festgelegte Bauflucht-, Baugrenz- und Straßenfluchtlinien, sowie die Vorschriften über Abstände nicht verletzt werden

**Bezüglich der Aufstellung des Batteriespeichers wird auf die Bestimmungen der einzuhaltenden Anforderungen der OIB Richtlinie 2 in der Fassung Mai 2023 Pkt. 3.9 wie folgt hingewiesen (aузugsweise):**

3.9.1 Heiz-, Brennstofflager-, Abfallsammel- und Batterieräume für stationäre Batterieanlagen gelten jedenfalls als Räume mit erhöhter Brandgefahr.

3.9.11 Batterieräume für stationäre Batterieanlagen müssen in Abhängigkeit der eingesetzten Batterie-Technologie eine wirksame Lüftung ins Freie aufweisen.

3.9.12 Abweichend von Punkt 3.9.1 ist ein Batterieraum nicht erforderlich

a) für stationäre Batterieanlagen mit einem Energieinhalt bis höchstens 3 kWh,

b) für stationäre Batterieanlagen mit einem Energieinhalt bis **höchstens 20 kWh**, die nach den anerkannten Regeln der Technik für Sicherheitsanforderungen geprüft sind

- in Gebäuden der **Gebäudeklasse 1** sowie **Reihenhäusern der Gebäudeklasse 2**, wobei im Aufstellungsraum ein **unvernetzter Rauchwarnmelder** angeordnet sein muss,

- in Garagen, überdachten Stellplätzen und Parkdecks mit einer Nutzfläche von jeweils nicht mehr als 250 m<sup>2</sup>

c) für stationäre Batterieanlagen mit einem Energieinhalt **bis höchstens 100 kWh**, die nach den anerkannten Regeln der Technik für Sicherheitsanforderungen geprüft sind und für die in einem anerkannten Test nachgewiesen wird, dass ein „**thermal runaway**“ einer Zelle zu keinem Brandausbruch der Batterieanlage führt,

- in Gebäuden der **Gebäudeklasse 1** sowie in **Reihenhäusern der Gebäudeklasse 2**, wobei im Aufstellungsraum ein **unvernetzter Rauchwarnmelder** angeordnet sein muss,

- in Garagen, überdachten Stellplätzen und Parkdecks mit einer Nutzfläche von jeweils nicht mehr als 250 m<sup>2</sup>,

- wenn die Umhüllung der stationären Batterieanlage selbst den gleichen Feuerwiderstand wie unter Punkt 3.9.2 (REI90 bzw. EI 90) gefordert aufweist

**Stand: März 2026**